

ESSAY

Das Ende des kleineren Übels

Warum ich nicht mehr wähle Von Harald Welzer

Der Nichtwähler hat keine gute Presse, ich weiß. In Deutschland zumal, das aus gleich zwei postdiktatorischen Gesellschaften zusammengesetzt ist, schauen mich die meisten Leute an wie einen Kinderschänder, wenn ich sage, dass ich nicht wählen will. Wie? Wo anderswo darum gekämpft wird, wählen zu dürfen? Wo wir wissen, was im 20. Jahrhundert geschehen ist? Nicht wählen geht gar nicht. Wählen ist Bürgerpflicht. Und wenn man schon nicht voller Überzeugung sein Kreuzchen bei CDUF-DPSDGRÜNELINKE machen kann, dann kann man doch wenigstens "das kleinere Übel" wählen, die am wenigsten Schlimmen, oder strategisch, so dass durch die Koalitionsmöglichkeitenarithmetik hinterher etwas herauskommt, was als kleineres Übel gelten kann.

Aber was ist heute das kleinere Übel im Vergleich wozu? Welche identifizierbare Programmatik einer der Parteien im Angebot unterscheidet sich substantiell von einer der anderen? Will die Linke etwas anderes als die SPD, als die CDU, als die Grünen? Für die FDP ist diese Frage gegenstandslos, weil ihr jegliches, was mit politischem "Willen" zu tun hätte, wesensfremd geworden ist. Sie ist eine Gelegenheitsstruktur, die das Format einer Partei mit Gewinn verwendet.

Die anderen Parteien, die man wählen könnte, stehen für nichts, was mit den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu tun hätte. Tatsächlich dürfte es zur Ironie der postdemokratischen Ära zählen, dass die Letzten, die mit der Parteizugehörigkeit politische und damit inhaltliche Unterschiedlichkeit verbinden, Politikerinnen und Politiker sind, denn in der parlamentarischen Praxis fallen Sachentscheidungen ja durchgängig nicht nach gegenstandsbezogenen Gesichtspunkten, sondern nach solchen der Parteizugehörigkeit. Noch der letzte Stuss muss vertreten werden, wenn er aus der eigenen Partei kommt, noch der klügste Ansatz abgelehnt, wenn er von den anderen kommt. Die vorgeblichen Differenzen haben sich längst von gestalterischen Fragen abgelöst. Man steht für Überzeugungen, die man gar nicht hat. Der Champion darin ist der Kandidat der SPD, der genau die rot-grünen Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktreformen, deren Folgen er jetzt bejammert, gar nicht genug loben konnte, als er noch Finanzminister in einer Großen Koalition war.

Und wie es in eigentümlicher Verdrehung der symbolischen Positionen ausgerechnet Rot-Grün war, die mit der Agenda 2010 genau jene Deregulierungs-, Privatisierungs- und Steuersenkungspolitik exekutiert hatte, die dem neoliberalen Wunschzettel so punktgenau entsprach, war es Schwarz-Gelb, die das energiepolitische Jahrhundertprojekt auf den Weg brachte, von dem die Grünen jahrzehntelang geträumt hatten. Schon 1980 hatte Sebastian Haffner in seinen "Überlegungen eines Wechselwählers" konstatiert, dass sich die CDU so restlos sozialdemokratisiert habe, dass Wählen keine Wertentscheidung mehr sei. Heute, ein Dritteljahrhundert später, finden sich quer durch die Parteien so vollständig austauschbare Positionen, dass es keine Mühe macht, sich in jeder beliebigen Koalition jeden beliebigen Politikdarsteller in jedem beliebigen Ressort zu imaginieren. Tatsächlich haben wir in der letzten Legislaturperiode Menschen zu Innen- oder Umweltministern werden sehen, die irgendwie gerade da waren und die bis heute ohne jeden Bezug ihr Amt ausüben. Alles geht, wenn es auf nichts ankommt.

An Fragen der zukunftsfähigen Gestaltung zeigen sich alle Parteien gleichermaßen uninteressiert. Man ignoriert, dass die frühindustrialisierten Länder unter zunehmend größeren Stress durch die kumulativen Wirkungen von Finanzkrise, Staatsverschuldung, Klimawandel, Ressourcenkonkurrenz, Globalisierung der Wirtschaftskreisläufe und multipolare Weltordnung geraten. Und man suggeriert, dass sich solche qualitativ neuen Probleme mit alten Lösungsstrategien bewältigen ließen. Anstatt neue zu suchen, werden Pseudopolitiken aufgeführt, die die Nebenschauplätze zu zentralen Arenen erklären:

Quoten in Aufsichtsräten? Elementar! Steuererhöhung für Besserverdienende? Radikale Antwort auf die Finanzkrise! Abschaffung des Ehegattensplittings? Existentiell! Wahlen sind demokratisch, wenn sich damit der Wählerwille in Regierungshandeln übersetzen kann. Sind sie aber eigentlich noch demokratisch, wenn zum Beispiel nationale Souveränitätsrechte und damit das Regierungshandeln dem "Druck der Märkte" unterworfen werden? Wenn europäische Länder unter Kuratel gestellt und von parlamentarisch in keiner Weise legitimierten "Troikas" geprüft und, je nachdem, für artig oder unbotmäßig befunden werden? Wenn Austeritätspolitiken dazu führen, dass in einigen Ländern, darunter mit Spanien eines mit relativ geringer Staatsverschuldung, mehr als jeder zweite junge Mensch arbeitslos ist? Eine der erschütterndsten Erscheinungen in den vergangenen Jahren unablässiger "Retzungspolitik" ist für mich der Totalausfall relevanter Opposition: Was haben die Grünen und die SPD sich davon versprochen, in einer Art Großsimulation staatsmännischer Verantwortung den Konsens mit der Regierungskoalition zu pflegen? Wieso sollte man Parteien seine Stimme geben, die, wenn es darauf ankommt, die Gefolgschaft aufzukündigen, zuverlässig versagen? Was, bitte, wäre vor solchem Hintergrund das kleinere Übel, das ich mit meinem Kreuzchen einem größeren vorziehe?

An dieser Stelle sind zwei kleine Exkurse nötig, ein biografischer und ein historischer. Da ich noch nie nicht gewählt habe, wenn ich es durfte, ist es mir - besonders in und nach der Ära Schröder - zur schlechten Angewohnheit geworden, jene Partei zu wählen, deren Politik ich im Vergleich zu der der anderen am wenigsten falsch fand. Um von Wahl zu Wahl zerknirschter hinter den Stellwänden zu sitzen und den Wahlakt als ein masochistisches Exerzitium zu überstehen, das nicht einmal ein wahlabendliches Nachlassen des Schmerzes als Belohnung versprach. Dies alles nur, weil ich die eingangs zitierten Einwände gegen das Nichtwählen bis jetzt geteilt habe. Also rein negatorisch begründet, längst schon nicht mehr in der Hoffnung, es gehe emphatisch um eine zukunftsfähige Gestaltung des Gemeinwesens.

Historisch ist dieses Zähneknirschen als repressive Toleranz bekannt, die man falschen Verhältnissen gegenüber an den Tag legt, weil man immer der Auffassung sein darf, es müsse erst noch schlimmer kommen, bevor man nicht mehr mitmacht. Die Wahl des kleineren Übels ist nicht nur unter den Bedingungen freier Gesellschaften eine verbreitete Praxis, die hilft, es sich nicht unnötig unbequem zu machen, sondern insbesondere in totalitären Staaten ein Herrschaftsmechanismus, der dafür sorgt, dass sich diejenigen nicht auflehnen, die zwar nicht gut finden, was geschieht, aber davon noch nicht in ihrer Existenz getroffen sind. Man kann bei Haffner und Hans Fallada genauso wie bei Michail Bulgakow und Piotr Lachmann nachlesen, wie es gerade die immer tiefer gelegte Toleranzschwelle gegenüber den Machtansprüchen des Regimes ist, die die vollständige Durchsetzung seiner Herrschaft ermöglicht. Kurz: Die zur Gewohnheit gewordene Entscheidung für das kleinere Übel ist die eigentliche Ermöglichung des größeren.

Und nun eine kurze Revue dessen, was die Parteien nicht interessiert: zum Beispiel, dass die Einflussnahme auf nationalstaatliche Politik heute keine nationalstaatliche Verankerung mehr hat, weshalb nationale Regierungen mittlerweile eine viel schwächere Entscheidungs- und Handlungsbasis haben als vor 1989. Hier hat sich eine strukturelle Revolution hin zum Primat der Ökonomie vollzogen. Eine Studie der ETH Zürich hat 2011 die Vernetzungsarchitektur transnational agierender Unternehmen untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass 40 Prozent des weltweiten Unternehmenswertes sich auf lediglich 147 Korporationen konzentrieren - was normalerweise aufgrund der vielfältigen Eigentumsverschachtelungen unsichtbar bleibt. Diese Gruppe der 147 ist mühelos in der Lage, ganze Volkswirtschaften und ihre Währungen zu ruinieren, und zugleich ist sie in ihrer Vernetzungsarchitektur von nationalen Überwachungsinstitutionen wie Steuerbehörden, Kartellämtern, Transparency-NGOs usw. überhaupt nicht zu kontrollieren.

Warum thematisieren die Parteien nicht, dass die Bevölkerungen der Nationalstaaten immer machtloser werden, weil sie auf solche transnationalen Machttagglomerationen gar keinen Einfluss ausüben können? Wolfgang Streeck hat in seinem Buch "Gekaufte Zeit" dargelegt, wie die Euro-Rettungspolitik die finale Loslösung von Kapitalismus und Demokratie besiegt, weil die Politik sich zum willigen Vollstrecker der Entstaatlichung hat machen lassen und den europäischen Wohlfahrtsstaat genauso auf Nimmerwiedersehen verabschiedet hat wie die soziale Marktwirtschaft.

Sowenig die Parteien die Immunisierung des Marktes gegen staatliche Zumutungen interessiert, so wenig sind sie um eine Änderung der Geschäftsgrundlage des Wirtschaftens bekümmert. Alle sind sie für Wachstum, die Grünen originellerweise für "grünes" Wachstum statt für farbloses. Nirgendwo reicht ökonomisches Umdenken weiter als bis zur Forderung nach anderen Indizes zur Wohlstandsmessung, als würden sich damit schon reale Verhältnisse ändern.

Der Kapitalismus ist ein extrem leistungsfähiges Wirtschaftsprinzip, leider nur so lange, bis er seine eigenen Voraussetzungen zu konsumieren beginnt. Keine der Parteien verschwendet auch nur einen Gedanken darauf, wie der zivilisatorische Standard, den der Kapitalismus ermöglicht hat, in einer Welt nach dem Wachstum bewahrt werden kann. Keine der Parteien ist besorgt angesichts der Generationen-Ungerechtigkeit, die ökologisch, aber in vielen europäischen Ländern auch ökonomisch ein unerhörtes Ausmaß angenommen hat. Obwohl zuletzt die Arabellion einmal mehr gezeigt hat, welche Sprengkraft darin liegt, gutausgebildeten Menschen klarzumachen, dass die Gesellschaft sie nicht braucht, vertritt man allen Ernstes eine europäische Wirtschaftspolitik, die zu einer Massenarbeitslosigkeit führt. Diese Indolenz gegenüber der Demokratiegefährdung spiegelt sich in der Nonchalance, die man angesichts der autoritären Drifts in Mitgliedstaaten wie Ungarn und Rumänien an den Tag legt.

Keine Idee für die Bewahrung der Demokratie im 21. Jahrhundert findet sich im Angebot der Parteien, weshalb es die Kategorie des kleineren Übels nicht ernsthaft mehr gibt. Es gibt in Deutschland gegenwärtig zum Glück auch nichts zu verhindern, keine rechtspopulistische Partei, die reaktiv ein Kreuzchen bei denen nötig machen würde, die nicht nur keine Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart haben, sondern nicht einmal mitgekriegt haben, was die Fragen sind. Nicht zu wählen ist daher ein Akt der Aufkündigung des Einverständnisses.

Das darf nicht still und passiv geschehen, sondern man muss darüber sprechen, öffentlich und privat. Allein der Entzug der Zustimmung nötigt die Parteien, sich ihrem Legitimationsverlust zu stellen und sich daran zu erinnern, wer in der Demokratie der Souverän ist.

Welzer, 54, lehrt an den Universitäten Flensburg und St. Gallen Sozialpsychologie. Zuletzt erschien sein Buch "Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand" im S. Fischer Verlag.

Von Harald Welzer
Spiegel online, 27.05.2013

Wahlentscheidung

Kormoran und Elefant

Vor vier Jahren rief der Soziologe Harald Welzer dazu auf, nicht zu wählen. Jetzt erklärt er: Warum man dieses Mal unbedingt zur Wahl gehen muss.



Auf Einladung der SPD: Public Viewing in Düsseldorf © Maja Hitij/Getty Images

"Wir brauchen ein Populationsmanagement für den Kormoran." Preisfrage: Welche Partei fordert diese innovative Maßnahme in ihrem Wahlprogramm 2017? Falsch. Nach VeggieDay und überhaupt würden die Grünen ihren Wählern so etwas Radikales nie mehr zumuten. CDU und SPD sind an ökologischen Themen im Detail eher uninteressiert, bleibt also nur die Kuriositäten gegenüber äußerst aufgeschlossene, Dingsbums, also diese Rassistenpartei. Wieder falsch! Es ist die FDP, deren Programm sich ohnedies so liest, als hätten Christian Lindner und ein paar hoch motivierte Praktikanten, alle mit Dreitagebart, es ganz allein zusammengetextet: "So wie John F. Kennedy sein Land mit einer gewaltigen Kraftanstrengung auf den Mond führte, wollen wir Deutschland an die Spitze der Bildungsnationen dieser Welt zurückführen."

Auf FDP-Plakaten heißt es "Digital first, Bedenken second", damit man gleich weiß: Dies ist jetzt nicht mehr die alte FDP mit Bürgerrechten und Datenschutz. Die wurde ja auch rausgewählt aus dem Deutschen Bundestag, jetzt kommt sie wieder rein, mit Kormoran und digital. Vergleichbar kleinteilig und zum Teil bizarr lesen sich auch die Programme der anderen Parteien: "Wir reduzieren die Verschmutzung von Nord- und Ostsee durch Plastik, Fischereimüll und Nährstoffeinträge sowie durch Lärm" (SPD); "Wir wollen verhindern, dass Wolfsburg oder Stuttgart das Detroit von morgen werden" (Grüne). Und die Linke teilt mit, dass die "dringende Klima- und Energiewende" blockiert wird, "weil die Bundesregierung keinen Konflikt mit den wirtschaftlich Mächtigen eingehen will".

Gut, es ist vielleicht nicht fair, die Stilblüten herauszufischen. Dann kürze ich ab und liefere die Zusammenfassung meiner Wahlprogrammexegese: Ökomäßig stehen sich Linke, Grüne und SPD nahe, sozialpolitisch CDU und SPD, wirtschaftspolitisch CDU und SPD und Grüne, genderpolitisch sind sie

alle ganz vorn, und vor allem sind sie alle: ganz und gar im Hier und Jetzt. Es heißt ja immer: "Die Welt ist aus den Fugen." In den Wahlprogrammen ist sie das aber keineswegs. Die lesen sich allesamt so, als wäre 1997, und wo mal von Problemen die Rede ist, sind das ausschließlich First-World-Problems. Zwischenzeitlich hat sich aber die Welt auf eine Weise verändert, dass ihr mit einem verbesserten Volkshochschulkursangebot allein wohl kaum beizukommen ist.

Als ich vor vier Jahren schon zum selben Befund kam und daraus in Form eines Essays den Schluss zog, erstmals nicht zu wählen, habe ich dafür massiv Kritik bekommen: Aus der Politik kamen viele Reaktionen, die sich vor allem darin ergingen, die Nichtwählergruppen einzuordnen, nämlich in zwei Kategorien: in sozial und mental abgehängte RTL-2-Zuschauer, die an Politik nicht interessiert seien, und – am anderen Ende des gesellschaftlichen Spektrums – in eine schnöselige Intellektuellenkaste, die mit den Politikangeboten der Parteien nichts anderes anzufangen wisse, als daran herumzunörgeln. Das Problem lag mithin nicht bei der Politik, sondern beim Publikum. Quod erat demonstrandum. In den Medien gab es eine Debatte, etwa über das mühsam erkämpfte Privileg, wählen zu dürfen, und darüber, ob demokratische Teilhabe sich darauf beschränke, eben alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen, oder ob Demokratie nicht vor allem in der Vitalität eines Gemeinwesens bestehe, in dem die Bürgerinnen und Bürger nicht passive Konsumenten von Politikangeboten sind, sondern die öffentlichen Angelegenheiten als ihre eigenen begreifen. Gute Punkte für das Wählen, immer noch gültig.

Übrigens hatte ich damals ausdrücklich geschrieben, dass ich mir nur unter der Voraussetzung das Nichtwählen gestatten würde, dass es nichts zu verhindern gelte, namentlich eine neurechte Partei, die grundsätzliche zivilisatorische Errungenschaften wie Gleichheits- und Gerechtigkeitsstandards, Freiheitsrechte oder gar die Demokratie selbst zur Disposition stellt.

Das ist heute anders, in dieser Hinsicht gilt mein damaliger Text nicht mehr. Man muss wählen gehen. Aber das Problem ist: Noch vor keiner Wahl habe ich so viele Gespräche mit Menschen geführt, die das wissen, aber deshalb noch lange nicht wissen, wen sie wählen sollen. Denn es ist ja nicht nur die Hohlheit der Plakate und das Stereotype der Reden, was einen fertigmacht, es ist vor allem die Absenz jeder Kontur von Unterscheidung, die zu jener kollektiven Depression führt, die sich in der Zahl ausdrückt, dass fast die Hälfte der Wahlbevölkerung noch unentschieden ist.

Dabei wird den Wahlkämpfern ja Thema um Thema auf den Gabentisch gelegt wie am Heiligen Abend, in Geschenkpapier mit Schleife. Die kriminelle Energie in den Autokonzernen beim Abgas- und Kartellbetrug ist der größte Skandal der deutschen Industriegeschichte – aber niemand macht ein Thema draus. Oder die Extremwetter dieses Sommers, die sehr wohl mit dem Klimawandel zu tun haben – niemand macht ein Thema draus. Oder die rasanten geopolitischen Entwicklungen, die zerbrechende internationale Sicherheitsarchitektur, die neuen Diktatoren und Autokraten – niemand macht was draus. Lieber erklärt der immer surrealer werdende Kandidat der SPD, in welchen Nuancen er etwas anders machen würde, wenn er statt der Kanzlerin Kanzler wäre, was er nicht wird, und lieber spielen die Talkshows Koalitionsbingo, als dass irgendjemand ein Thema aufgriffe, das relevant wäre. Für die nächsten vier Jahre. Und danach.

Ein Wahlkampf wie ein verdruckstes Familienessen

Liebe Bewerberinnen und Bewerber um politische Ämter: Die Probleme des 21. Jahrhunderts sind andere als die des 20., für moderne Demokratien besonders. Wir haben es global betrachtet mit einer Rückkehr des Autoritarismus zu tun: Heute wandeln sich mehr Demokratien in Autokratien als umgekehrt, damit ist ein jahrzehntelanger Trend gebrochen. Was bedeutet das für die Zukunft der offenen Gesellschaft? Die Globalisierung hat die Macht der Konzerne gegenüber nationaler Staatsgewalt radikal erhöht. Ökologische und klimatologische Probleme existieren heute nicht mehr nur auf den PowerPoint-Folien besorgter Wissenschaftler, sondern setzen als Starkregen ganze Megacities unter Wasser. Wie wird die Demokratie mit dem Stress fertig, der daraus resultiert?

Das Anwachsen der Flüchtlingszahlen ist keine Krise, sondern eine Jahrhunderterscheinung: Wie der Arbeiter im 19. und die Unterdrückten im 20. Jahrhundert, so wird der Flüchtling die ikonische Figur dieses Jahrhunderts, weil die Konflikthanlässe ebenso wachsen werden wie die Folgen des Klimawandels. Was heißt das für den Rechtsstaat? Der Mauerbau erlebt eine Renaissance, während zivilisatorische Standards wie die Seenotrettung oder das Asylrecht leichthin tiefergelegt werden. Die Digitalisierung zerstört Privatheit und mit ihr eine Kernvoraussetzung von Demokratie – wo wird das auch nur diskutiert? Und die jungen Menschen? Kommen in den Wahlprogrammen so wenig vor wie in den Altersgruppen der Kandidatinnen und Kandidaten, unter denen noch Enddreißiger wie Lindner und Spahn als Nachwuchs gelten.

Wenn ich mich in die Situation einer Abiturientin oder eines Auszubildenden, eines jungen DHL-Fahrers oder einer Studentin versetze: Würde ich mich wiederfinden bei einer dieser Parteien, bei einem ihrer intelligenzbeleidigenden Plakate? Oder würde ich denken: "Hey, super mit dem Elektroauto, aber in welcher Welt soll das fahren? Toll, eure Formelsprache, aber was wird mit dem Terrorismus, der Überwachung, den neuen Wahnsinnigen in Regierungen? Wo ist Zukunft bei euch – also das, was wir noch vor uns haben? Internationale Sicherheit, bedingungsloses Grundeinkommen, nur zum Beispiel. Und übrigens: Autos interessieren uns nicht." Oder so ähnlich. Diese Generation ist keineswegs unpolitisch, im Gegenteil. Die Engagements in der Flüchtlingshilfe, die überlaufenen Freiwilligendienste deuten ebenso wie die Jugendstudien darauf hin, dass wir es mit einer politischen Generation zu tun haben. Sie kommt aber im Wahlkampf nicht vor. Ich korrigiere mich: Die SPD fordert eine "unterbrechungsfreie Berufseinstiegsbegleitung", was immer das sein mag.

Irgendwie ist dieser Wahlkampf so wie ein Festessen im Familienkreis, wo man nicht über Probleme spricht. Dabei kennt jeder die Wahrheit hinter dem Frieden, und nach dem Dessert sind alle Konflikte wieder da. Genauso steht im Zentrum dieses Wahlkampfs ein Elefant, den niemand zu sehen behauptet. Alles geht so weiter, sagen die Kandidaten; nichts, gar nichts wird so weitergehen, sagt der Elefant. Eine Politik, deren Horizont über den Status quo nicht hinausreicht und die sich nicht bewusst ist, dass ihr eigener Handlungsrahmen künftig intensiver verteidigt werden muss denn je, ist leichtfertig in ihrer Fantasielosigkeit und Genügsamkeit. Aber genau deshalb, für die Bewahrung der Voraussetzungen der Demokratie muss man jetzt wählen gehen, es hilft ja nichts.

HARALD WELZER,
lehrt an der Europa-Universität Flensburg und leitet die Stiftung Futurzwei.
ZEIT online, 6. September 2017